

**Besprechung des Bundeskanzlers
mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 20. Juni 2024**

**Beschlussvorschlag
Bund**

(Stand: 17.06.2024)

TOP 3 Hybride Bedrohungen sowie Gemeinsamer Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Sie sind sich darin einig, dass Deutschland hybriden Bedrohungen einschließlich Desinformation auf allen staatlichen Ebenen ausgesetzt ist. Ihre wirksame Abwehr hat eine hohe Bedeutung für unsere wehrhafte Demokratie.
2. Sie begrüßen die Einrichtung der Bund-Länder-offenen Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (BLoAG Hybrid) im Rahmen der IMK und den „Gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“, der dort von Bund und Ländern erarbeitet wird.
3. Für eine wirksame Bekämpfung hybrider Bedrohungen verpflichten sich Bund und Länder, bis September 2024 zentrale Koordinierungs- und Ansprechstellen (Single Points of Contact, SPOC) für das Thema hybride Bedrohungen einschließlich Desinformation auf ministerieller Ebene einzurichten, die im Bund und im Land jeweils ressortübergreifend koordinierend für das Thema hybride Bedrohungen federführend sind und in dieser Funktion auch die Abstimmung über die Maßnahmen zum ‚Gemeinsamen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie‘ verantworten können.